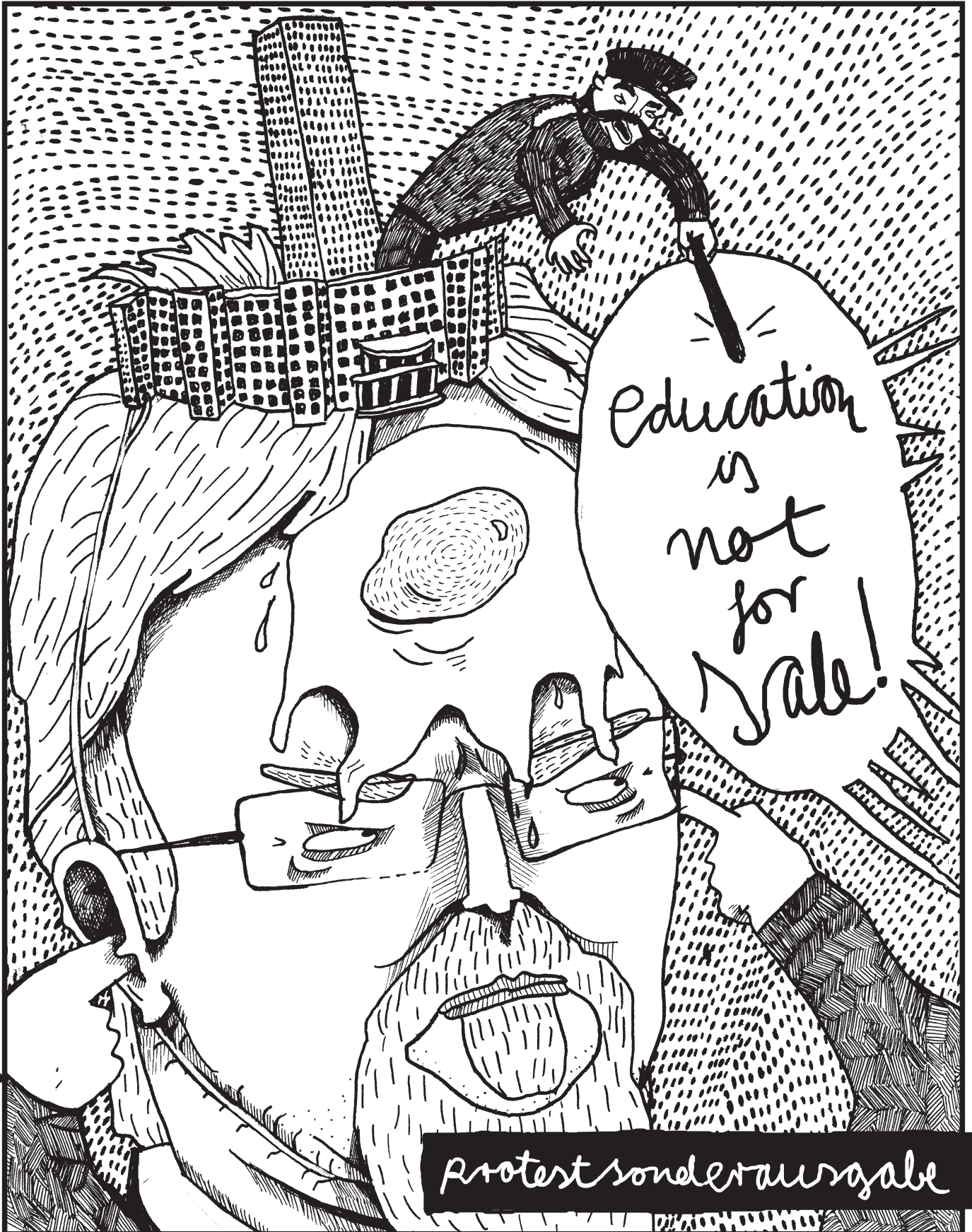


flur_funk

nachrichten und interessantes aus den fach-
bereichen 03, 04 und für lehramtsstudierende

*ein Projekt der Fachschaften 03 und 04



Protestsonderausgabe

Inhalt

- 3 | Erklärung der Fachschaften
03 und 04
- 5 | Bachelor in 8 Semestern!?
- 7 | Einsparungen bei der FGS
- 9 | Offener Brief des Fach-
schaftsrats Neuere Philologien
- 11 | Aufruf des Protestplenums
- 12 | Termine / Adressen / Kontakt

Impressum

flur_funk

Zeitung für/von Studierende/n am AfE-Turm

Herausgeber:

Fachschaftsräte der Fachbereiche 03 und 04

Universität Frankfurt am Main

Robert-Mayer-Str 5, 60325 Frankfurt/Main

Redaktion: Kathy Vester, Marco Sager,

Agnes Kroll, Gregor Hofmann

Layout: Steffen Bennewitz, Gregor Hofmann

Titel-Illustration: Cynthia Kittler

Editorial

Liebe flur_funk-Freund_innen,

die Universität brennt: Nachdem sich unser Präsi Müller-Esterl mit Hilfe der Staatsgewalt gegen die protestierenden Studierenden im Casino gewehrt hat, ist das Präsidium in der Krise. Wir reagieren darauf mit einer Protest-Sonderausgabe. Auf den nun folgenden Seiten findet ihr die Stellungnahme der Fachschaftsräte der Fachbereiche 03 und 04 und einen kritischen Blick auf die scheinbare Alles-Können-Lösung des acht-semesterigen Bachelor. Zudem gibt es interessante Entwicklungen in der Nachwuchsförderung. Während die Uni Exzellenz anstrebt, wird der Nachwuchs abgehängt: Die Uni streicht die Stipendien der Frankfurt Graduate School. Zu guter Letzt gibts noch einen offenen Brief der Fachschaft Neuere Philologien, der viel Unterstützung findet sowie Hinweise zum Bildungsstreik.

Viel Spaß bei der Lektüre

Eure flur_funk Redaktion

Druck: Kopierwerk GmbH

Auflage: 700

Jahrgang: 2009

Kontakt: flur_funk@fachschaft04.de

Der Inhalt der Artikel spiegelt nicht zwangsläufig die Meinung der Fachschaften oder der Redaktion wider. Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im Januar 2010.

Kritik des gegenwärtigen Ausnahmezustandes

Erklärung der Fachschaftsräte der Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften

Die gewaltsame Räumung des besetzten Casinos, Polizeipatrouillen auf dem Campus, Ausweiskontrollen am House of Finance, die zeitweise Schließung von bzw. Beschränkung des Zugangs zu zentralen Gebäuden auf den Campi Bockenheim und IG-Farben weisen auf einen Paradigmenwechsel des Präsidiums im Umgang mit den Angehörigen der Universität hin. Fortan gelten alle Studierenden als potenziell kriminelle, gefährliche Subjekte, deren Überwachung und Kontrolle nicht einmal mehr der Rechtfertigung bedarf. Der präsidial angeordnete Ausnahmezustand ist an unserer Uni zur Normalität geworden. Diese Entwicklung stellt in unseren Augen den eigentlichen Skandal dar. Dieser droht in der gegenwärtig in der Presse vorherrschenden Kontroverse um einen angemessenen Umgang mit Universitätsräumen unterzugehen.

Der Vandalismusvorwurf wird für das Präsidium zum Vorwand, sich nicht mit der berechtigten inhaltlichen Kritik der Studierenden auseinanderzusetzen und ihre weitere Entwicklung zu behindern. Müller-Esterls vermeintliches Verständnis und Gesprächsbereitschaft sind Bestandteil einer geschickten PR-Strategie, die das Präsidium seit dem Tag seines Amtsantritts verfolgt: Kritik hat nur unter seinen Bedingungen stattzufinden. Die „Dialogoffensive“ beschränkt sich auf eine reine mediale Selbstinsze-

nierung; von einer tatsächlichen studentischen Mitbestimmung kann keine Rede sein. Es ist bezeichnend für das Selbstverständnis des Präsidiums, dass die Kooperation mit der Polizei offenbar blendend funktioniert, während die eigenen Studierenden und Lehrenden in einer Situation wie am vergangenen Mittwochabend als Kommunikationspartner_innen überhaupt nicht ernst genommen werden.

Als in einem demokratischen Prozess gewählte Fachschaftsräte der Fachbereiche 03 und 04

“Der präsidial angeordnete Ausnahmezustand ist an unserer Uni zur Normalität geworden. Diese Entwicklung stellt in unseren Augen den eigentlichen Skandal dar.”

sehen wir uns als Vertreterinnen und Vertreter studentischer Interessen. Diese sind nicht deckungsgleich mit denen des Präsidiums. Gegen die Studierenden und Lehren-

den, die zum Zeitpunkt der Räumung im Casino geblieben sind, um an einem Seminar teilzunehmen, wurde auf ihrem eigenen Campus Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet. Das Präsidium droht mit der Exmatrikulation der geräumten Studierenden – eine schamlose Ausnutzung formal abgesicherter Machtasymmetrien. Sich mit einem Präsidium, das sich in solcher Weise zu seinen Studierenden verhält, zu solidarisieren und es unter den gegebenen Bedingungen als Gesprächspartner anzuerkennen, kommt einem politischen Selbstmord gleich.

Eine der Absurditäten der letzten Woche ist,

dass der Präsident den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), dessen Standpunkte er sonst getrost ignoriert, nun plötzlich zur Verantwortung für die Besetzung ziehen will. Es zeugt vom absoluten Unverständnis des Präsidenten für basisdemokratische Prozesse, mit der seine eigene Ernennung freilich auch nicht viel zu tun hat, den AStA zur Speerspitze der Proteste zu machen, nur weil ein Sündenbock gesucht wird. Ein breiter Protest wie der, der die letzte Woche zur Zeit und das Casino zum Ort einer kritischen Auseinandersetzung mit den Bedingungen unserer Bildung machte, hat nichts mit den politischen Prozessen zu tun, wie sie das Präsidium aus eigener Erfahrung kennt.

Der Entwicklung hin zu einer Präsidialdiktatur an unserer Hochschule, wie wir sie vermehrt in unserer alltäglichen Arbeit in den Gremien des Fachbereichs - etwa in Gestalt von Eingriffen in Berufungskommissionen - zu spüren bekommen, ist mit aller Vehemenz entgegenzutreten. Dies ist insbesondere angesichts der Ereignisse der letzten Tage deutlich geworden. Sie zeigen, dass die Proteste berechtigt und notwendig sind.

Wir fordern das Präsidium dazu auf, umgehend sämtliche Strafanzeigen gegen die von der Räumung unmittelbar betroffenen Lehrenden und Studierenden sowie die Drohung der Zwang-



sexmatrikulation gegenüber den Studierenden zurückzunehmen und auch von sonstigen Einschüchterungsmaßnahmen abzusehen. Die Anordnung der Räumung war unverantwortlich und wird von uns aufs Schärfste verurteilt. Der Forderung des AStAs nach dem Rücktritt des Präsidiums schließen wir uns daher an. Wir ermutigen die Studierenden ausdrücklich, sich

weiterhin in die inhaltlichen Auseinandersetzungen und in Aktionen im Rahmen der Proteste einzubringen.

*Die Fachschaftsräte der Fachbereiche
Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften*

Ein besseres Bologna: Der Bachelor in 8 Semestern!?

Die Unibesetzungen der letzten Wochen haben das Thema Bildung wieder schlagzeilentauglich gemacht: mit Forderungen nach einem besseren Bologna, angehobenen Regelstudienzeiten und studierfreundlicheren Curricula wird nun von allen Seiten versucht, ein Häppchen Öffentlichkeit einzuheimsen. An den Zulassungsbeschränkungen zu den Mastern soll allerdings nicht gerüttelt werden.

In Hannover oder Neubrandenburg und an vielen Fachhochschulen gibt es ihn bereits, den achtsemestrigen Bachelor. Nun spricht sich sogar Bundesministerin Schavan, offenbar bemüht, den Bildungstreik zur Öffentlichkeitsarbeit in eigener Sache zu machen, für die Anhebung der Regelstudienzeit als ein mögliches Mittel zur Entlastung der Studierenden aus. Verwundert darüber mag sein, wer sich an die in den letzten Jahren von BildungspolitikerInnen aller Couleur erhobenen Klagen über das hohe Alter der deutschen Universitätsabsolven-

tInnen erinnert: Gegen diese der Konkurrenzfähigkeit abträgliche Überalterung sollte der Bachelor als neuer berufsbefähigender Regelabschluss, sowie die Verkürzung der Gymnasialzeit – in Hessen bekannt als G-8 – Abhilfe verschaffen. Die Bemessung von Leistungen anhand von so genannten Credit Points sowie die Modularisierung der Studiengänge sorgen für höhere Effizienz der Studierenden und die Einführung von Höchststudiendauern erschweren das „Bummeln“.

Viele haben bereits die über diese Maßnahmen transportierte Logik internalisiert, das wird auch in den aktuellen Protesten deutlich. Leistungsdruck, Selektion und Fremdvorgaben im eigenen Lernprozess werden oft nicht prinzipiell und kritisch hinterfragt, sondern, lediglich abgeschwächt, gar reproduziert. Die Forderungen sind in ihrer Radikalität so unterschiedlich, dass es eine Leichtigkeit für PolitikerInnen wie Schavan ist, in irgend einem Punkt daran An-

schluss zu finden. Einer dieser Punkte ist die Anhebung der Regelstudienzeit: „Für die Länge des Bachelor-Studiums brauchen wir mehr Flexibilität. Es kann auch erforderlich sein, statt sechs auch sieben oder acht Semester im Bachelor-Studiengang zu studieren“.

Doch was würde mit 8- statt 6-semesterigen Bachelor-Abschlüssen gewonnen? Weniger Leistungsdruck, mehr freies Studium? Möglicherweise. Die Uni Hannover etwa wirbt für ihren 8-semesterigen Bachelor mit vergleichsweise größeren Wahl- und Vertiefungsmöglichkeiten und einem straffen Curriculum, mit dem „exakt das Qualifikationsniveau“ des vormaligen 9-semesterigen Diplomstudiengangs erreicht werde. Aber führt eine solche Gleichstellung von Bachelor und Diplom mit nur einem Semester Unterschied, nicht die Umstellung auf in Bachelor und Master gestufte Studiengänge ad absurdum? Nein – das wird beim Blick auf die Zulassungsbeschränkungen zum einjährigen Hannoveraner Masterprogramm deutlich: Zugelassene BewerberInnen müssen ihren Bachelor mindestens „gut“ absolviert haben. So erschließt sich denn auch der mutmaßliche Zweck der zusätzlichen Stufung der Abschlüsse: Die von ihr ausgehende Selektion. Mögen Dauer, Intensität und Studierbarkeit der Bachelor variieren, an den Zulassungsbeschränkungen zum Master wird nicht, kann nicht und will auch nicht gerüttelt werden. Kann nicht, weil die finanziellen und personellen Kapazitäten sich seit Magister und Diplom nicht

geändert haben und nun auf die neuen Studiengänge verteilt werden müssen. Zu einem hohen Prozentsatz werden sie für den neuen Regelabschluss, den Bachelor, aufgewandt, so dass zwangsläufig die übriggebliebenen Kapazitäten so eingeschränkt sind, dass sie über harte Zulassungsgrenzen oder Quoten ausgeglichen werden müssen. Auch in Frankfurt winken nach dem im April wegen maximaler Wahlfreiheit im „taz-Test“ prämierten Bachelor am Fachbereich 03 zulassungsbeschränkte Master, auch die Erziehungswissenschaft wird nach Einrichtung ihres Masterprogramms ab 2011/12 darüber verhandeln müssen. Die Zulassungsbedingungen am FB 03 werden derzeit diskutiert, da ab dem nächsten Jahr ein deutlicher Anstieg in den Bewerbungen zu den bislang nicht ausgelasteten Spezialisierungsstudiengängen zu erwarten ist.

Der Bologna-Prozess bedeutet eben nicht nur die Schaffung eines europäischen Bildungsraums, sondern eine Ausrichtung der Hochschulausbildung an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und nicht der Lernenden. Mit dem Master wurde ein weiterer Abschluss eingerichtet, mit dem sich in „zertifizierter“, „objektivierter“ Form BewerberInnen nach „Wert“ unterscheiden lassen. Hier geht es nicht vorrangig um Bildung sondern um Titel und damit auch um Arbeitsplätze (und damit verbundene Gehaltsstufen), die einem kleinen, immer ausgelasteten Teil vergönnt werden, einem immer größeren dagegen verwehrt bleiben sollen.

Uni spart bei Stipendien für Promovierende

Die Frankfurt Graduate School for the Humanities and Social Sciences (FGS) versteht sich als eine gemeinsame Plattform zur fachlichen und außerfachlichen Qualifizierung. Dies umfasst sowohl die Förderung von Interdisziplinarität in (Nachwuchs-) Forschungsinitiativen, als auch die Unterstützung während der Promotions- und Postdoc-Phase sowie Möglichkeiten des Kontakts zu außeruniversitären Berufsfeldern.

Diese institutionalisierte Struktur soll nun nach nur zwei Jahren erfolgreicher Arbeit einen Großteil seiner Mittel verlieren. Konkret wurde vom Präsidium darüber informiert, dass die Mittel zur Ausschreibung zukünftiger Stipendien wegfallen (bislang wurden 10 Vollzeitstipendien im Umfang von 24 Monaten + der Option auf Verlängerung um 12 Monate, 59 Kurzzeitstipendien im Umfang von jeweils 10 Monaten sowie 7 STIBET-Kurzzeitstipendien für ausländische Studierende im Umfang von jeweils 6 Monaten ausgeschrieben).

Da die Stipendien einen gewichtigen Punkt im Angebot der FGS darstellen, hat die Promovierendenvertretung einen Aufruf gestartet, der sich nicht nur an die direkt Betroffenen, sondern auch an das (professorale) Lehrpersonal, die Dekanate und die Studierenden richtet, aus deren Reihen sich die Promovierenden von

morgen bilden. Die Stipendien der FGS sind eine der wenigen Möglichkeiten an unabhängige Stipendien zu kommen. Sie bieten damit eine wirkliche Chance, im engsten Sinne unabhängige Forschung zu betreiben.

Fallen diese Stipendien weg, müssen sich zukünftige Promovierende an die vorstrukturierten Angebote von Hochschule und Professorenschaft halten. Individuelle Fragestellung und Forschungsweise werden damit erschwert und das Risiko einer hierarchischen Struktur

“Die Befürchtung liegt nahe, dass es in Zukunft nicht mehr um die Förderung aller Doktorand_innen gehen wird, sondern Eliteförderung betrieben wird.”

zwischen den Statusgruppen erhöht. Es ist zudem nicht abzusehen, welche Rolle für die FGS nach den massiven Mitteleinsparungen überhaupt noch vorgesehen ist.

Den Hintergrund dieser Entwicklungen bildet die Absicht des Präsidiums der Goethe-Universität, sich im Rahmen der dritten Runde der so genannten Exzellenzinitiative des Bundes für die Förderlinie „Graduiertenschulen“ zu bewerben. Allerdings mit einer einzigen solchen Einrichtung. Dafür scheint die Goethe Graduate Academy (GRADE) vorgesehen zu sein. Sie ist bereits aus einem Zusammenschluss von Otto Stern School for Integrated Doctoral Education (OSS) und der Frankfurt International Research Graduate School for Translational Biomedicine (FIRST) hervorgegangen. Die Befürchtung liegt also nahe, dass es in Zukunft nicht mehr

um die Förderung aller Doktorand_innen gehen wird (was erklärtes Ziel der FGS war und ist), sondern Eliteförderung betrieben wird. Darüber hinaus wäre damit das Selbstverständnis der FGS korrumpiert, da man davon ausgehen kann, dass der Charakter einer „Dach-Struktur“ nach dem „bottom-up-Prinzip“ nicht erhalten werden würde, schlimmstenfalls wäre das die Unterwerfung unter die direkte Kontrolle des Präsidiums.

In den Aufruf der Promovierendenvertretung eingebettet ist ein Aktionsplan, welcher zunächst eine Einladung an das Präsidium zum Gespräch mit dessen Vertreter_innen vorsah.

Dieses Gespräch fand am 23.11. auch statt. Ein offizielles Ergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor, wir halten euch auf dem Laufenden. Klar ist aber wohl schon jetzt, dass die Promovierenden der FGS mit den Ergebnissen nicht zufrieden sein können, da insbesondere die Streichung der Stipendien von Seiten des Präsidiums erneut bekräftigt wurde.

Erwähnenswert ist auch, dass der wissenschaftliche Nachwuchs des „Exzellenclusters“ Die Herausbildung normativer Ordnungen

(HNO) Zugang zu den Workshops der FGS hat. Gegen diese Nutzung ist nichts zu sagen, im Gegenzug jedoch stehen die Angebote des Clusters, nicht jedem zur Verfügung. Hier könnte zukünftig engere Zusammenarbeit beider Einrichtungen nützen.

Zentral umfasst der Aktionsplan eine Aufforderung an alle, ihre Erfolgsgeschichten

mit der FGS zum Besten zu geben. Jede_r die/der einen Workshop genutzt, Reisemittel erstattet bekommen, oder an Arbeitsgruppen teilgenommen hat, soll sich berufen fühlen etwas bei-

zusteuern! Ganz besonders wertvoll sind hier die Berichte von ehemaligen Stipendiat_innen. Vor allen Dingen durch sie wird noch mal ganz klar gestellt werden wie wichtig die Einrichtung und das umfassende Angebot der FGS ist.



Offener Brief des Fachschaftrats am FB 10

Betrachtung des aktuellen bildungspolitischen Diskurses

Seit der Eskalation des Konflikts in Frankfurt am letzten Mittwochabend haben wir als gewählte StudierendenvertreterInnen an der Goethe-Universität beobachtet, dass der studentische Protest in Frankfurt im Rahmen des Bildungsstreiks eine veränderte mediale Resonanz erfahren hat. Dass eine intensive Berichterstattung von Printmedien und Fernsehen statt findet, ist prinzipiell begrüßenswert, jedoch sehen wir uns gezwungen auf einige problematische Entwicklungen innerhalb dieses öffentlichen Kommunikationsprozesses hinzuweisen, da bestimmte für das Verständnis des Gesamtkontextes unverzichtbare Sachverhalte in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund geraten. Die komplexe Struktur der bildungspolitischen Auseinandersetzung findet auf den unterschiedlichsten Ebenen statt. Eine Beschränkung auf herausgegriffene Aspekte wird dieser Vielfalt nicht gerecht.

Da öffentliche Debatten in der Medienlandschaft vornehmlich durch Geschwindigkeit geprägt werden, entsteht eine Verzerrung des Kommunikationsprozesses. Der basisdemokratische Entscheidungsvorgang in einem offenen Rahmen innerhalb der Studierendenschaft braucht seine Zeit. Dahingegen sind öffentliche Äußerungen der Universitätsleitung keinem vergleichbaren Legitimationsprozess unterworfen, sie kann somit schneller und flex-

ibler kommunizieren.

Damit entsteht ein hochproblematisches kommunikatives Ungleichgewicht im öffentlichen Informationsfluss zu ihren Gunsten, das durch inhaltliche Selektion zu einer bewussten Desinformation genutzt wird.

So gab der Präsident, nachweislich bewusst, fehlerhafte Informationen heraus, noch während sich die Studierendenschaft ein klares Bild von der Räumung und des weiteren Verlaufes

“Die öffentliche Kommunikationssituation stellt sich als ein Diskurs dar, in dem die Stimme der Studierenden keine Geltung mehr haben kann.”

der Polizeiaktion zu machen versuchte. Durch die Aussage des Präsidenten, der zum Zeitpunkt der Räumung nicht anwesend war, entstand in der öffentlichen Wahrnehmung das

Bild einer gerechtfertigten und friedlich verlaufenen Polizeiaktion. Die Ereignisse im Anschluss an die Räumung wurden von ihm nicht thematisiert und fanden somit keinen Eingang in die mediale Darstellung der Gesamtsituation. Dies bringt die Studierendenschaft in eine defensive Position und jegliche andersartige Darstellung im Nachhinein, kann im Sinne einer Reaktion nur noch als Verteidigung aufgefasst werden.

Diese und andere bewusste Falschdarstellungen, sowie die äußerst diskreditierende Rhetorik, wie der Vorwurf von Geschichtvergesenheit bezüglich der NS-Zeit, die Rede von „reisenden Chaoten“ und Hausfriedensbruch,

zeugen davon, dass die Universitätsleitung die Auseinandersetzung nicht wie wiederholt behauptet als konstruktiven Dialog sieht, sondern als zu gewinnende Konfrontation.

Die öffentliche Kommunikationssituation stellt sich somit als ein Diskurs dar, in dem die Stimme der Studierenden keine Geltung mehr haben kann. Auf diese Weise zeigt sich wiederum, dass die Forderung der Studierenden nach tatsächlichem Mitspracherecht im Universitätsbetrieb einen wirklich vorhandenen Missstand anspricht, der von den hochschulpolitisch Verantwortlichen aktiv aufrechterhalten wird. Deren verzerrende mediale Darstellung der Proteste rechtfertigt ebendiese.

Wir hoffen, dass diese Ausführungen zu einer kritischen und vielfältigeren Wahrnehmung und Darstellung in der Öffentlichkeit beitragen und alle an der bildungspolitischen Debatte Beteiligten und Medien dazu gezwungen sind, sich endlich verantwortungsbewusst, sachlich und mehrdimensional mit den Inhalten der studentischen Kritik auseinander zu setzen.

*Der Fachschaftsrat des Fachbereichs 10
„Neuere Philologien“*

*Unterstützende:
Fachschaftsrat Gesellschaftswissenschaften,
Institutsgruppe TFM Theater-, Film- und
Medienwissenschaft,
Institutsgruppe Germanistik,
Institutsgruppe Geschichte,
Institutsgruppe Romanistik,
Institutsgruppe Ev. Theologie.*

Aufruf zum Protestprogramm 7.12 - 11.12.

Liebe Leute,

in der letzten Woche wurde eine inhaltliche Diskussion angestoßen, zu der maßgeblich die Workshops und Veranstaltungen im Casino beigetragen haben. Es gilt jetzt grundsätzliche inhaltliche Positionen zu entwickeln, zu dem sind aber auch viele andere Aspekte wichtig die nicht untergehen sollen. Workshops der letzten Woche können auch wiederholt werden da sicher nicht alle die Möglichkeit hatten diese zu besuchen. Es ist uns aber wichtig, dass auch neue Themen und Personen dazu kommen.

Kommende Woche (7.12. – 11.12.) werden weiterhin Workshops, offene Seminare, etc. stattfinden. Der zentrale Anlaufpunkt ist der Infostand im Foyer des I.G.-Farben- Hauptgebäudes. Wir bemühen uns das jeweils aktuelle Programm bekannt zu geben, bitten aber darum die eigenen Veranstaltungen selbst mit zu bewerben. Auf www.bildungsstreik-ffm.de wird das Programm verfügbar gemacht.

Wir fordern euch auf weiterhin Seminare zu bestreiken und im Rahmen eurer Möglichkeiten selbst aktiv in den Protest einzubringen. Zum Beispiel eben mit alternativen Workshops und / oder individuellen oder kollektiven Solidaritätsbekundungen.

Workshops

In den Workshops geht es sowohl um ein alternatives Bildungsprogramm, das im normalen

Uni-Betrieb keinen Platz findet, als auch um ein Forum um sich auszutauschen und die Entwicklung praktischer Handlungsmöglichkeiten. Es geht also um die Formulierung konkreter Kritik, Formen von Organisation und politischer Arbeit an der Universität, Erarbeitung alternativer Bildungskonzepte und Strukturen im Bildungssektor.

Wir fordern Lehrende, Studierende und alle anderen an emanzipatorischer Wissenschaft Interessierte auf, während der Streikwoche Workshops in diesem thematischen Rahmen anzubieten.

Anmeldung unter der Adresse

streik-programm@gmx.net

(mit Angabe von Titel, Wochentag und Uhrzeit, sowie einer kurzen Beschreibung des Workshops, zur Aufnahme ins (gedruckte) Programm).

Nach der überwältigenden Resonanz der letzten Woche, hoffen wir auf weitere Unterstützung. Das Prinzip der Selbstorganisation hat sich in der letzten Woche bewährt. Am Infostand oder über obige Adresse findet sich immer ein_e Ansprechpartner_in.

Danke für alle Rückmeldungen.

Solidarische Grüße,

AK Veranstaltung des Protestplenums

Studentische Studienberatung

Fachbereich o3

Di: 14-16 Uhr

Mi: 16-18 Uhr Raum AfE 23o3

Do: 14-16 Uhr

vorlesungsfreie Zeit nur Mi 14-16 Uhr

Fachbereich o4

Mo - Do: 12:30-16:30 (MoPS, AfE 704)

vorlesungsfreie Zeit: nur 2x pro Woche

Infos unter mops.uni-frankfurt.de

Eure Lieblingsfachschaftsparty

Am **Freitag, den 22. Januar** ist es wieder soweit: Die Fachschaften 03 und 04 machen gemeinsam **Party im KoZ**.

Ab 22 Uhr!

Mitmachen beim flur_funk

Wenn Du in der flur_funk-Redaktion mithelfen möchtest oder einen interessanten, turm-relevanten Artikel hast, dann melde dich bei uns:

flur_funk@fachschaft04.de

Vormerken!

Im Januar wird es eine Veranstaltung mit dem Bologna-Experten Gerd Köhler, Kendra Briken und Felix Silomon-Pflug zum Thema "Kritik an der Umsetzung des Bologna-Prozess" geben.

Genauer wird noch bekannt gegeben.

TuCa (TurmCafé, AfE 5o1)

Plenum (im TuCa)

jeden zweiten Mittwoch 18oo

das aktuelle Programm und weitere Infos unter www.fachschaft04.de/

Rückmeldung nicht verpassen!

Von **1 bis 31. Januar 2010** läuft die Rückmeldung für das Sommersemester!
Also nicht vergessen!

(Nachfrist vom 1. bis 28. Februar mit zusätzlich 15,- Euro Säumnisgebühr)

Der Semesterbeitrag beträgt 273,50 €

Adressen und Kontakt

Fachschaft Erziehungswissenschaften

Raum AfE 923

www.fachschaft04.de

info@fachschaft04.de

Fachschaft Gesellschaftswissenschaften

Raum AfE 21o4

<http://www.gesellschaftswissenschaften.uni-frankfurt.de/fachschaft>

fachschaft-fb03@yahoogroups.de

L-Netz

Raum C11o (Studierendenhaus)

www.l-netz.info (bald wieder online)

post@l-netz.info